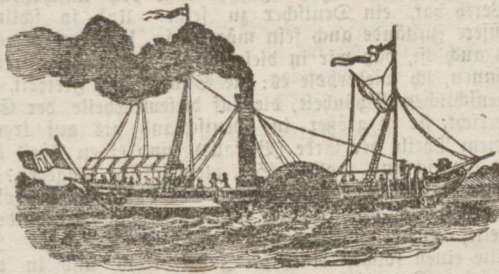


Danziger Dampfboot.

No. 283.

Donnerstag, den 3. December.



1863.

34ster Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portefeuillengasse No. 5, wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außer halb an:
In Berlin: Kettemeyer's Centr.-Bzgs.-u. Annonc.-Bür.
In Leipzig: Jllgen & Fort.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Bureau.
In Hamburg-Altona, Frankfurt a. M. Haasenfein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Krakau, Mittwoch 2. December.
Gestern erfolgte die Schlussverhandlung in dem Prozesse gegen Bentkowsky; der Angeklagte wurde auf Grund des §. 66 des Strafgesetzbuches zu einmüthigem Kerker verurtheilt.

Hamburg, 2. December.
Im Herzogthum Schleswig ist nunmehr amtlich Namens des Königs Christian IX. das Verfassungsgesetz für Dänemark und Schleswig vom 18. November promulgirt worden.

Frankfurt a. M., Mittwoch 2. December.
So eben beschloß der gesetzgebende Körper den Senat zu ersuchen, den Gesandten der freien Stadt Frankfurt beim Bundestage dahin zu instruiren: Die freie Stadt Frankfurt ist bereit, ihr Contingent zur Wahrung der Rechte des legitimen Herzogs von Schleswig-Holstein, Friedrich VIII., zur Verfügung zu stellen.

Gotha, 2. December.
Die „Gothaische Bzg.“ enthält ein Schreiben Samwers an den dänischen Minister Hall, worin gefordert wird, daß die dänischen Truppen das Gebiet Schleswig-Holsteins räumen und die in Dänemark befindlichen schleswig-holsteinischen Truppen nach den Herzogthümern zurückkehren. Sollte die dänische Regierung nicht innerhalb 14 Tagen ihre Bereitwilligkeit hierzu erklären, so würde der Herzog Friedrich zur Aufrechthaltung seiner legitimen Regierungsrechte die nöthigen Maßregeln ergreifen. Dieses Schreiben übergab der badische Bundestagsgesandte Mohl an den dänischen Gesandten Dixink, welcher letzterer dasselbe uneröffnet zurücksandte.

Carlsruhe, 2. December.
Heute fand die Eröffnung des Landtages statt. In der Thronrede sagte Großherzog Friedrich in Bezug auf Schleswig-Holstein: Jamitten des Ringens nach größerer Einheit erstreckt der deutschen Nation durch den Rathschluß der Vorsehung eine ernste Aufgabe. Ein edler Brudersinn im Norden, lange geprüft und bewährt in vielen Leiden, ist durch das Recht eines zweifellosen Erbgangs sich selbst und seinem großen Vaterlande zurückgegeben. Eine einseitig festgesetzte Erbfolgeordnung, welche weder das Recht der Stände, noch das Recht der Nationalität beachtet, droht ihn aufs Neue dem Verbanne des gemeinsamen Vaterlandes zu entfremden. Meine Regierung hat nicht gezögert zu thun, was das gute Recht fordert, und sie wird auch fernerhin getragen von der erhebenden Einmüthigkeit aller Parteien, mit Muth und Entschlossenheit die heiligen aber ersten Pflichten erfüllen, welche dem deutschen Volke dort erwachsen sind. Ich weiß, daß die Sache Schleswig-Holsteins in Ihren Herzen mächtigen Widerhall findet, und daß für deutsches Recht und deutsche Ehre selbst die Uebernahme der schwersten Opfer Ihre freudige Zustimmung erhält.

Stuttgart, 2. December.
Bei der heute stattgefundenen Präsidentenwahl der Abgeordnetenversammlung wurde von 86 anwesenden Abgeordneten im ersten Wahlgange Duvernoy, im zweiten Probst, im dritten Weber, jeder mit 48 Stimmen in Vorschlag gebracht. Freiherr v. Varnbüler erhielt im ersten und zweiten Wahlgange 34, im dritten 35 Stimmen.

London, Mittwoch 2. December.
Der Postdampfer „Bohemian“ hat Newyorker Nachrichten vom 21. v. M. in Londonberry abgegeben. Depeschen aus Knoxville vom 19. stellen die

Situation Burnside's als günstig dar, obgleich seine Verbindung mit Cumberland unterbrochen ist. Der General Banks hat am 5. v. M. Brownsville (40 englische Meilen aufwärts von der Mündung des Rio grande) besetzt. In Matamoros versah man sich einer Revolution zu Gunsten der Franzosen; der amerikanische Konsul fürchtete Gewaltthatigkeiten, weshalb ein Theil der Banks'schen Truppen zu seinem Schutze abgehen wollte.

Die Untersuchungskommission des Abgeordnetenhauses.

Man muß es vermeiden, Beschlüsse zu provociren, die weder praktisch durchführbar noch Nutzen bringend sind. Einen solchen Beschluß hat das Abgeordnetenhaus gefaßt, als es für Ernennung einer Kommission stimmte, welche sich über die seitens der Regierung geübte geschwidge Beeinflussung der letzten Wahlen informiren soll. Die Thatsache, daß die Regierung auf die Beamten bei den Wahlen einen Einfluß ausgeübt hat, welcher denselben das verfassungsmäßige Wahlrecht verkleinerte, ist von der Regierung selbst mit der Bemerkung zugegeben, daß sie es nächstes Mal ebenso machen wird. Wozu also die Kommission? Von einer Regierung, die eine derartige Erklärung abgegeben hat, kann die Kommission doch nicht erwarten, daß sie ihr Altes über die letzten Wahlen zur Disposition stellt oder die Beamten zur Ertheilung von Auskunft anweisen wird. Die Regierung wird zweifelsohne gerade das Gegentheil thun, sie wird wahrscheinlich den Beamten verbieten, in irgend welche Berührung mit der Kommission zu treten. Ohne Entgegenkommen der Beamten ist aber eine eingehende Information über die Wahlen kaum denkbar. Es wird dann also der Kommission so gehen, wie dem Manne, der zwar das Recht besitzt, seines Nachbarns Haus zu durchsuchen, der aber keinen Haus Schlüssel hat, und auf andere Weise nicht hineinkommen kann. Wenn man ein Recht einem Dritten gegenüber geltend machen will, so gehört dazu 1) daß man das Recht wirklich hat, 2) daß man die Mittel weiß, wie man es durchführen kann und 3) daß der Dritte sich die Durchführung der Rechtsmittel gefallen läßt. Das Recht, eine Kommission behufs Information oder Untersuchung von Thatsachen zu ernennen, ist dem Abgeordnetenhaus laut §. 82 der Verfassung gewährleistet — über die Mittel zur Ausführung dieses Rechtes sagt dagegen die Verfassung leider nichts; weshalb anzunehmen ist, daß das Ministerium die neue „Lücke in der Verfassung“ ausbeuten wird, um alle Vorschläge der Untersuchungskommission abzulehnen.

Aber, gesetzt die Regierung liefert der Kommission Information, was erreicht man dadurch? Wieder weiter nichts, als ein zweites Recht, zu dessen Durchführung die Rechtsmittel fehlen! Nach dem, was bis jetzt an das Tageslicht gekommen, dürfte die Information so gravirende Thatsachen ergeben, daß das Abgeordnetenhaus konsequenter Weise die Verfassung der Minister in Anklagezustand beschließen müßte. Artikel 61 der Verfassung bestimmt, daß die Minister angeklagt werden können; das Verfahren, das dabei beobachtet werden soll, ist aber einem Gesetze vorbehalten, welches nie erlassen ist und zu welchem dieses Ministerium sich wohl hüten wird, seine Zustimmung zu geben. Demnach würde das Abgeordnetenhaus also einen zweiten Beschluß haben, den es nicht ausführen kann.

Solche Beschlüsse, deren wir leider schon zu viele besitzen, nützen nicht nur nichts — sie schaden. Nicht nur wird Aufregung unter dem Volke hervorgerufen, die bei jetzigen Zeiten keinen gesetzlichen Abfluß finden kann, auch die Autorität des Abgeordnetenhauses wird erschüttert. Denn allmählich gewöhnt sich das Volk daran, die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus nur als Redebühnen, die Beschlüsse nur als Stylübungen anzusehen, man weiß ja doch: Weiter hat es keinen Zweck. Das Abgeordnetenhaus muß sich deshalb, was Beschlüsse anbetrifft, diesem Ministerium gegenüber möglichst passiv verhalten. Nur solche Beschlüsse sind zu fassen, welche die Verfassung gebietet, z. B. über das Budget und Gesetzesvorlagen, außerdem bei extraordinären Gelegenheiten, die keinen Aufschub erlauben. — b —

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

10. Sitzung, Dienstag, 1. December.

(Schluß.)

Abg. Dr. Waldeck spricht gegen den Commissions- und für seinen Verbesserungs-Antrag. Es werde Niemand bestreiten, daß die vorliegende Frage für das ganze deutsche Volk von höchster Wichtigkeit sei, dennoch dürfe derselbe nicht benutzt werden, um eine sogenannte faule Verschönerung zwischen dem Hause und dem Ministerium herbeizuführen. Dieser Regierung dürfe das Haus keine Anleihe oder dergleichen bewilligen, so lange ein solcher Ausnahmezustand, wie bisher, obwalte. Das Haus müsse diesen Standpunkt bewahren und das schöne Beispiel des vereinigten Landtages nachahmen, der ebenfalls bei seinen Beschlüssen das Recht höher schätzte, als das Gemeinwohl. Die konservative oder wie man sie auch noch nenne, die feudale oder aristokratische Partei wolle dem Ministerium unbedingt die Mittel bewilligen. Auch Graf Schwerin habe ursprünglich einen dahin gehenden Antrag eingebracht wollen. Das sei nicht zu verwundern, denn Graf Schwerin und seine damaligen Minister-Collegen hätten dem Lande das Geschenk der Militär-Organisation gemacht, das jetzige Ministerium habe nur die Erbschaft jener Männer angetreten. Darum wollten auch jene Herren nichts Geringeres, als dem jetzigen Ministerium jede Mittel gewähren, um damit einen Krieg gegen Dänemark zu unternehmen, dadurch aber auch gleichzeitig die Heeresorganisation erst recht im Lande festzumachen. Es sei ja nicht das erste Mal, daß die schleswig-holsteinische Angelegenheit der inneren Entwicklung Preußens nachtheilig sei; die Thatsachen von 1848 und 1849 ständen noch jetzt in blutiger Schrift aufgeschrieben. Und nun lasse man, wie auf einem Schachbrett die Schleswig-Holsteiner und die Dänen von Neuem gegen einander vorrücken; wenn der Ausgang derselbe sein sollte, wie das letzte Mal, dann hätten diejenigen Anträge beizumessen, welche dem Commissions-Antrage beistimmen. Der Minister-Präsident habe früher gesagt, er werde Krieg führen, ob mit, ob ohne Bewilligung des Hauses. Er wolle zugeben, daß dies der Fall sein könne, auch daß der Minister das nöthige Geld beschaffe, aber der Erfolg sei sehr zweifelhaft, denn ein Ministerium, das dem Volke ganz diametral gegenüber stehe, habe noch nie einen Erfolg erreicht. Jetzt sei die Zeit gekommen, wo es gelte, nicht wie im Jahre 1813, sich durch Versprechen abspülen zu lassen, sondern man müsse daran festhalten, daß dem Volke die Freiheiten, welche ihm in jener Zeit versprochen und durch die Verfassung garantirt seien, nun auch gewährleistet werden. Nicht eher, als bis dies geschehen, dürfe auch nur ein Mann und ein Thaler gewährt werden! Der Ausspruch Schillers sei in diesen Tagen wiederholt angeführt worden, er sage: die Ehre der Nation bestehe zunächst darin, daß dieselbe ihre verfassungsmäßige Freiheit vor allen Dingen aufrecht erhalte.

Graf Schwerin: Das Urtheil, ob er damals als Minister, oder das Haus jetzt in der Negation gegen die Militärorganisation den richtigen Weg verfolgte, wolle er der Zeit überlassen. Er erkläre sich für den Commissionsantrag und halte es für einen Mißgriff, wenn das Haus verlange, daß das Ministerium jetzt, wo es gelte, mit der Armee aufzutreten, diese desorganisirten solle. Er habe sich gefreut, als der Ministerpräsident heute er-

klart habe, daß das Ministerium das Mißtrauen gegen dieses Haus in dieser Angelegenheit schwinden lassen werde. Er hoffe, daß das Ministerium auch gleichzeitig erkennen werde, wie nothwendig es sei, in einer solchen Angelegenheit mit dem Volke überein zu stimmen, und daß es danach seine Handlungsweise einrichten werde. Er sei der Ansicht, daß das Haus besser gethan hätte, wenn es sich in dieser Angelegenheit direkt an den ständigen Träger der preussischen Politik in Form einer Adresse gewendet hätte und nicht im Allgemeinen an die dem Wechsel unterworfenen Räte der Krone. Er bittet, dem Kommissions-Antrage zuzustimmen.

Abg. Temme spricht gegen den Kommissions-Antrag und für den Verbesserungs-Antrag des Abg. Waldeck. Er ist jedoch bei der Unruhe des Hauses bei seinem nicht gerade starkem Organ und bei der ungünstigen Lage der Journalisten-Tribüne fast gar nicht verständlich. (Vor Beginn der Rede sind die Minister v. Roon und v. Bodelschwingh in das Haus getreten.)

Abg. v. Sybel: Der bisherige Lauf der Debatte habe aufs Neue gezeigt, daß wir tief krank darniederliegen. Der Kommissionsantrag habe eine große Tragweite von der bestimmtesten Richtung. Das Ministerium scheine nach seiner heutigen Erklärung dieser Richtung nicht folgen zu wollen, und doch sprächen die Gegner von einem Mißtrauensvotum, welches der Antrag dem Ministerium gebe. Wahr sei es, daß man einen großen Krieg nicht ohne Heilung im Innern führen könne, allein es gelte als eine offene Frage, ob ein solcher Krieg nicht selbst diese Heilung herbeiführen werde. Die Forderungen des Kommissionsantrages seien nur nothwendige, sie seien eine gerechte Abwehr. Redner giebt nun einen historischen Rückblick auf den Zusammenhang Dänemarks mit den Herzogthümern. Dänemark habe selbst den Zusammenhang mit den Herzogthümern durch Personal-Union nach 1846 anerkannt. Redner zählt die Phasen auf, welche der deutsch-dänische Conflict seitdem durchlaufen. Der Londoner Vertrag sei gegen die öffentliche Meinung und die öffentliche Moral von ganz Europa abgeschlossen worden: contra bonos mores et contra leges. (Beifall.) Es widerstreite der Moral, wenn man ein Volk seiner Selbstbestimmung entziehe, es als ein Ding verkaufe. Ebenso zeige der Londoner Vertrag formelle und juristische Mängel, nämlich ihm fehle die Zustimmung der Agnaten, der Stände von Schleswig-Holstein und des deutschen Bundes. Jeder derselben sei geeignet, den Vertrag zu kassiren. Zwar habe die löse Politik schon öfter Macht vor Recht proklamirt, sie sei dann aber jedesmal in ihrem eigenen Thun gescheitert. Der Herzog Friedrich sei der Vertreter seines Volkes, der Ausdruck des Gedankens, daß die Herzogthümer zusammen gehören. In dieser Eigenschaft sei er stark, gehe er davon ab, so werde er untergehen, in derselben Stunde, in welcher er dieses Verhältniß breche. So sollte auch das Haus nach diesem Verhältniß verfahren. Waldeck müsse als Demokrat doch zunächst an das Verlangen des Volkes in den Herzogthümern denken. Wenn die Schleswig-Holsteiner es selbst mit Herzog Friedrich wagen wollten, so dürfe doch in diesem Hause kein Bedenken erhoben werden. Ein Volk, das seine Freiheit erkämpfen wolle, werde auch seine Rechte zu wahren wissen. Die Debatte habe gezeigt, daß man nur einer Kraft vertrauen könne, der moralischen Kraft; die Frage sei gewesen: solle man dem Ministerium nicht alle Mittel gewähren, wenn es die Politik des Hauses in dieser Frage wolle. Diese Frage falle jetzt fort, nachdem die Erklärung der Regierung bewiese, sie wolle Alles thun, um die Politik des Hauses nicht zu befolgen. Man könne aus Besorgniß, daß das Ministerium das Vertrauen des Hauses mißbrauchen dürfte, nicht die geforderten Mittel zurückhalten, es liege aber in dem Antrage der Kommission, daß diese Mittel nur für die Erfüllung des Programms der Mehrheit: Wahrung der Rechte der Herzogthümer und theils legitimen Herzogs gewährt werden sollen. Deutschland müsse wissen, daß das Haus nicht zurückstehe hinter den Volks-Vertretungen Sachsens, Württembergs, Darmstadts u. Deutschland müsse es wissen, daß Preußen bereit sei, einzutreten für die Interessen der deutschen Nation und deshalb empfehle er den Antrag der Kommission.

Abg. Jung spricht gegen den Kommissions- und für den Waldeck'schen Antrag. Er sei vollkommen mit der Ansicht einverstanden, daß von dem Recht der Hofmeister gesprochen worden sei, aber diesem Ministerium könne man kein Vertrauen in der deutschen Sache schenken. Schon in der letzten Session habe das Haus erklärt, daß es mit diesem Ministerium nicht zu verhandeln habe. Mit diesem Ministerium gebe es kein Mittel der Verständigung, und darum dürfe man ihm keinen Mund und keinen Thaler gewähren.

Abg. Dr. Löwe (Böhm). Als wir vor 5 Monaten denselben Gegenstand verhandelten, war das Haus einig in der Meinung, daß es sich bei der jetzt vorliegenden Gelegenheit darum handle, das Londoner Protokoll aufzuheben und den Herzogthümern ihre Selbstständigkeit wiederzugeben. Das Londoner Protokoll ist damals nicht zerrissen worden; wir haben noch heut gehört, daß es von der gegenwärtigen Regierung aufrecht erhalten wird, weshalb, weiß ich nicht. Etwaige Rechtsbedenken sind von den Vorrednern schon so ausführlich widerlegt, daß ich kein Wort mehr darüber zu sagen habe. Kein Vertrag ist gültig, in dem über Rechte verfügt wird von Leuten, die darüber zu verfügen nicht berechtigt sind. Preußen und Oesterreich können keine Herzogthümer vergeben, die sie nicht besitzen. Ich für meine Person stehe auf dem Boden der freien Selbstbestimmung der Nationen. Wenn uns aber vorgelesen ist, daß die Möglichkeit einer Intervention nur gegeben sei durch Anerkennung der Verträge von 1850 und 1852, so muß ich daran erinnern, daß das Recht Schleswig-Holsteins älter ist, als diese Verträge, und daß das erste Recht der Herzogthümer war, untrennbar mit einander verbunden zu sein. Nicht erst die Verträge von 1850 und 1852 haben das Recht geschaffen und kraft dieses Rechts beanspruchen die Herzogthümer jetzt ihre neue

Existenz. Man hat versucht, Mißtrauen zu erregen gegen die Volksbewegung und die neue Regierung von Schleswig-Holstein, als ob es sich nur um eine lokale Bewegung handle. Und wenn dies der Fall wäre, so wäre dies für mich kein Grund, derselben meine energischste Unterstützung zu verlagern. (Bravo!) Wenn heute Mecklenburg mit seinem Junkerregiment in Gefahr wäre, für Deutschland verloren zu gehen, ich nähme, um Mecklenburg zu erhalten, die Junker mit in Kauf! Es handelt sich hier um eine Lebensfrage für das Volk. — Ich habe nichts mehr beklagen müssen, als aus dem Munde eines Freundes eine gewisse Gleichgültigkeit darüber zu hören, ob Schleswig-Holstein unter der liberalen dänischen Verfassung lebe, oder deutsch sei. Das ist ja eber der große Triumph der Wiedergeburt unserer Nation auf dem ganzen Gebiete des geistigen Lebens, daß es für das einzelne Individuum den unschätzbaren Werth hat, ein Deutscher zu sein. Und so schlimm unsere Zustände auch sein mögen, so bejammernswerth es auch ist, daß wir in dieser Frage überhaupt streiten können, ich wiederhole es: die Summe der Freiheit, der menschlichen Schönheit, die auf diesem Theile der Erde herrscht, sie ist größer in Deutschland als auf irgend einem Theile der Erde (Beifall), und einen Theil dieses Deutschland wollen Sie gleichgültig hingeben? — Setzt sich nun der Moment da, das Londoner Protokoll zu beseitigen, und da rath man uns von befreundeter Seite, einen günstigeren Moment abzuwarten. Ich hätte einen solchen Rath im Jahre 1846 und in den fünfziger Jahren begriffen. Jetzt bedeutet er nichts weiter als die pessimistische Hoffnung auf einen großen, allgemeinen Revolutionssturm; und das sage ich Ihnen als ein Mann, der auch mit Mitgliedern der extremsten Parteien verkehrt hat, daß diejenigen, welche die Hände in den Schoß legen, um auf die Revolution zu warten, wenn der Sturm kommt, nicht im Vordertreffen zu stehen pflegen. (Bravo!) „Thue deine ganze Pflicht! thue Recht und scheue Niemand.“ Darum, glaube ich, waren wir im Recht, als wir ohne Rücksicht auf die Verhältnisse das Wort aussprachen. Man habe auf einen Krieg mit dem Auslande hingewiesen. Wir fürchten uns nicht vor dem Auslande; wenn wir eine schlechte Regierung haben, so werden wir sie los werden in den ersten Stunden eines großen Krieges. Wenn Sie die Besorgniß haben, daß uns der Krieg bevorsteht, so ist eine ganz andere Politik geboten, als die der letzten Jahre, dann dürfen Sie die große nationale Bewegung nicht abdammen, sondern sie stärker und stärker werden lassen, dann müssen Sie dem Volke den kategorischen Imperativ stellen und müssen sagen: „Du mußt!“ (Lebhaftes Bravo.) Dann müssen Sie den Fremden zeigen, daß das alte germanische Blut sich vor dem Kriege nicht fürchtet, daß es sich nicht eine schöne Provinz, einen schönen Volksstamm entreißen läßt, daß es dem Herzog Friedrich — denn er ist jetzt der Mann, an dem die Sache hängt — durch seine freiwillige Hülfe das erste, was ihm an seinen 500,000 Holsteiner und an dem Budget fehlt, das er noch nicht bekommen kann. Dann zeigen Sie dem Fremden, dem Feinde, dem Manne in Frankreich zeigen Sie, daß er nicht nur das große Militair-Duell zu bestehen hat, und wenn er dasselbe bestanden, Herr ist in Deutschland, sondern daß er dann das deutsche Volk und einen Volkskrieg zu fürchten hat. Keiner ist mehr als ich für die Freiheit nach innen, aber vor Allem Unabhängigkeit nach außen! (Bravo!) Die Größe Deutschlands über Alles! (Stürmisches Bravo!)

Abg. v. Sauten-Tarputsch (unter großer Unruhe des Hauses) konstatirt zunächst, daß er sowohl, wie alle diejenigen Mitglieder, welche den Waldeck'schen Antrag unterschrieben, in der nationalen Seite der Frage, in den Sympathien, in der Rechtfertigung des übrigen Theils der Forderungen, mit dem sie gewiß bald wieder zusammengehen würden, vollständig übereinstimmen. Die Sache sei indes bei der gegenwärtigen Situation ernst und wichtig genug, um mitleiderlegende nach einer richtigen Formulierung zu suchen. In der Formulierung bestünde der Hauptunterschied der beiden Anträge. Er stimme nicht ganz mit den Motivirungen des Antragstellers, noch weniger aber mit der des Abg. Temme überein. Er habe das Amendement Waldeck in Rücksicht auf die inneren Verhältnisse unterschrieben, weil er glaube, daß, so lange dieses Ministerium an der Spitze des Staates stehe, den Schleswig-Holsteinern doch nicht geholfen werden könne. Er habe indeß das Amendement nur als eine Reservation betrachtet, so lange keine bestimmte Erklärung seitens der Regierung vorliege. Nachdem aber die Regierung in der geschehenen Weise sich ausgesprochen, sei das Petition des Waldeck'schen Antrags nicht mehr aufrecht zu erhalten. Er wünsche am liebsten jetzt einen neuen Antrag, der eine Verwahrung dagegen enthielte, daß diese nationale Sache von Männern aus der Schule des Bismarck-Eulenburg-Wagener in die Hand genommen werde. (Bravo!)

Abg. Dr. Faucher. Er sei von Anfang an der Meinung gewesen, daß allen Anträgen in dieser Angelegenheit erst eine Interpellation an die Regierung vorangehen müßte, von deren Erklärung erst die Anträge hätten abhängig gemacht werden sollen. Der Weg sei nicht beliebt worden, nachdem jetzt aber die Erklärung der Regierung einmal erfolgt sei, stimme er um so lieber für den Kommissions-Antrag. Der Redner entwickelt, daß der Londoner Vertrag nicht des Bundes wegen geschlossen, sondern recht eigentlich gegen die Großmachtfstellung Preußens gerichtet sei. Der wahre Zweck der dänischen Gesamtmonarchie bestünde in dem Druck, der durch das im Besitz Schleswig-Holsteins befindliche, von den drei Seemächten abhängige Dänemark von Seiten dieser Seemächte auf Preußen ausgeübt werden könne. Der dänische Gesamtstaat sei ein der Großmacht Preußen auf die Brust gefesteter Pistol. Der Kommissions-Antrag nun: habe den Zweck, durch Nichtanerkennung des Königs von Dänemark als Herzog von Schleswig-Holstein und durch Unterstüßung der Ansprüche des Herzogs von Augustenburg

den dänischen Gesamtstaat der eigentlich kein Staat, sondern nur eine diplomatische Zusammenstoppung sei, zu beseitigen und Preußen und Deutschland von seinem Drucke zu befreien. Von einer Gelbbewilligung sei jetzt noch lange nicht die Rede; werde die Regierung erst mit Forderungen an das Haus herantreten, dann werde das Haus Gelegenheit haben, seine Gegenforderungen zu stellen. (Bravo!)

Auf Antrag des Abg. André beschließt das Haus Vertagung der Discussion.

Abg. Waldeck erklärt (in einer persönlichen Bemerkung), er müsse vom Grafen Schwerin mißverstanden worden sein, wenn dieser ihm vorwerfe, daß er für den Reichsfeind plaidirt habe. Er habe nur entwickelt, daß, wenn diese Dinge erst vorüber wären, zwischen Dänemark und Deutschland kein Grund zur Feindschaft mehr existiren würde; sein Amendement beweiße, daß er das Interesse Deutschlands ebenso gut wie die Freunde des Kommissions-Antrages gewahrt wissen wolle. Was die Einwendung v. Sybel's betreffe, als verdiene die schleswig-holsteinische Verfassung die Vorwürfe nicht, welche er ihr der dänischen gegenüber gemacht habe, so halte er seine Behauptungen in vollem Umfange aufrecht und sei bereit, sie aus staatswissenschaftlichen Werken zu beweisen. — Abg. Graf Schwerin freut sich, daß der Abg. Waldeck sich gegen den Vorwurf, welchen er ihn machen zu müssen geglaubt hätte, verwahrt habe; er habe ihn so verstanden, als habe er für Dänemark plaidirt und Dänemark halte er für den Reichsfeind Deutschlands. — Schluß der Sitzung 3½ Uhr. Nächste Sitzung: morgen 10 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über die schleswig-holsteinische Frage.

In der heutigen (11.) Sitzung des Abgeordneten-Hauses wurde die gestern unterbrochene Debatte über die schleswig-holsteinische Frage fortgesetzt. Es sprachen die Abgg. Wagner für den Antrag der Konservativen, Jacoby, Schulte (Berlin) und v. Vinde-Olbendorff für den Kommissions-Antrag, Abg. Reichenperger für den Antrag der Konservativen und Abg. Groote für den Antrag Waldeck. Dann wird die Diskussion geschlossen, und es folgen einige persönliche Bemerkungen, wonächst der Abg. Frhr. v. d. Heydt als Antragsteller das Wort nimmt und die Annahme seines Antrages empfiehlt. Waldeck und Birkow verteidigen ihre Gegen-Anträge. Schließlich wird der Birkow-Stavenhagensche Antrag, den die Commission wie bekannt zu den übrigen gemacht hat, bei namentlicher Abstimmung mit 231 gegen 63 St. angenommen, nachdem die Anträge v. d. Heydt's und Waldeck's jeder mit 268 gegen 37 Stimmen verworfen worden waren.

K u n d s c h a n.

Berlin, 2. December.

— Der Prinz-Admiral Albalbert ist seit einigen Tagen nicht ganz wohl, doch ist diese Unpäßlichkeit von keiner ersten Bedeutung.

— In der Kommission des Herrenhauses zur Berathung der von der Regierung eingebrachten Pressnovelle ist, wie die „V. V. Ztg.“ hört, der bestimmte Antrag gestellt worden, die selbstständigen Artikel der Zeitungen künftighin nur unter Zeichnung der Verfasser zuzulassen, wie dies bekanntlich auch in Frankreich gebräuchlich ist. Der Antrag wird allem Anschein nach von der Kommission angenommen werden.

— Stadtrath Zelle, Redakteur des amtlichen Berliner Kommunalblattes, ist wegen Veröfentlichung des Protokolls der Stadtverordneten-Sitzung vom 21. Juni in diesem amtlichen Blatte auf den 7. December vor das Criminal-Gericht geladen worden. Er ist beschuldigt, durch Aufnahme jenes Protokolls 1) den Minister des Innern und die k. Regierung in Potsdam mit Bezug auf deren Verurtheilung, 2) Anordnungen der Obrigkeit durch öffentliche Schmähungen dem Hasse ausgesetzt zu haben.

— Wie die „Zeidersche Correspondenz“ hört, soll heute Nacht dem hiesigen und den entsprechenden Landrathsämtern die Einberufungsordre der Reserve der 6. Division zugegangen sein. Dasselbe dürfte im Bezirk der 13. Division (in Westphalen) geschehen.

— Die Eisenbahnverwaltungen haben Befehl erhalten, sich zum Transport größerer Truppenmassen bereit zu halten. Auf der Central-Wagenreparatur-Anstalt in Frankfurt a. O. arbeitet man bereits seit mehreren Tagen unter Zuhilfenahme der Nächte, um die Wagen zur Aufnahme von Cavallerietransporten einzuweichen.

Kassel, 29. Nov. Wir nahen uns einem Staatsbankrott, nicht in finanzieller, wohl aber in geschäftlicher Beziehung. Von Tage zu Tage häufen sich die zu erledigenden Geschäfte mehr und mehr, ohne daß an entscheidender Stelle Lust und Neigung sich zeigt, eine sichtsliche Aufräumung vorzunehmen. Viele Hunderte von Dingen harren seit Monaten auf ihre Entscheidung. Auch der Landtag müßte noch vor Ende des Jahres einberufen werden, aber es ist nichts dafür vorbereitet, selbst das Budget ist noch bei weitem nicht vollendet, und kann trotz aller Arbeit nicht zum Abschlusse gebracht werden, weil stets neue Anstände erhoben und sogar seit langen Jahren feststehende Posten in Frage gestellt werden. Aehnlich steht es mit der neuen Gerichtsorganisation. Dieselbe soll mit dem neuen Jahre in's Leben treten und es

knüpfen sich daran eine Menge Personalveränderungen, aber bis heute ist noch keine Erneuerung erfolgt. Alle die, welche an andere Orte versetzt zu werden das Schicksal trifft, kommen natürlich in die unangenehmste Lage und die größten Nachtheile, indem ihnen ihre Versetzung voraussichtlich so kurz vorher bekannt werden wird, daß sie ihren Umzug mit der Familie gar nicht zu bewerkstelligen im Stande sein werden, zumal mitten im Winter.

Frankfurt, a. M., 29. Nov. Gestern und vorgestern fand in dem „Russischen Hof“ eine Versammlung von ehemals reichsummittelbaren mediatisirten Fürsten und Grafen statt. Von den Theilnehmern nennen wir den Fürsten von Fürstenberg, die Fürsten von Hohenlohe-Schillingfürst-Waldenburg, Langenburg und die Grafen von Solms-Laubach, Schönborn, Ortenburg und Pappenheim. Ueber den Zweck der Versammlung verlautet nichts Näheres; glaubhaft hören wir versichern, daß man sich über gemeinsame Schritte verständigt habe, welche mit der Bundesreform in Beziehung stehen.

Hannover, 29. Nov. 60 Bürger der Hauptstadt, unter ihnen Mitglieder beider städtischen Collegien, Anwälte, Journalisten, Kaufleute und Gewerbetreibende, Männer von allen politischen Richtungen, sind zu einem Ausschuss für die Vertheiligung der Rechte Schleswig-Holsteins zusammengetreten. Auch von anderer Seite wird zur Erwirkung von Geldsammlungen Anstalt getroffen. Der Männer-Gesang-Verein veranstaltete eine Aufführung im Verein mit Joachim, der, gleichwie einige andere namhafte Künstler, schon selbstständig und als einer der ersten einen ansehnlichen Beitrag gezeichnet hat. Von weiteren Kundgebungen ist zu berichten, daß die städtischen Behörden zu Stade, Emden, Alfeld und Göttingen, Gesuche an den König oder die Regierung um Anerkennung des Herzogs Friedrich beschloffen haben, alle einstimmig. In der Versammlung zu Göttingen wurde auf die angeblich unentschiedene Haltung der Regierung hingewiesen und die Bitte beschloffen, die Regierung möge mit aller Festigkeit eintreten „gegen die Fortsetzung der Bundes-Execution, gegen den Sequester, aber für Anerkennung des Herzogs Friedrich und für Säuberung des Bundeslandes Holstein vom Feinde.“ Der akademische Turn-Verein zu Göttingen hat gleichzeitig einstimmig die Erklärung beschloffen, daß er, eingedenk des höchsten Ziels jeden wahren Turners, auf den Ruf des Vaterlandes bereit sei, mit den Waffen in der Hand für dasselbe einzustehen. Volksversammlungen, die für die Erbfolge des Herzogs Friedrich sich erklärten, sind ferner abgehalten in Verden, Nienburg, Emden, Osnabrück, Goslar und Harburg. Die hiesigen Polytechniker aus den Herzogthümern bezeugten dem Herzog in Gotha ihre Ergebenheit und erhielten dankende Antwort.

Bremen. Das Bremische Comité für Schleswig-Holstein hat folgende Ansprache an die Bürger hiesiger Stadt erlassen:

Mitbürger! In der allgemeinen Bürgerversammlung vom 25. d. M. gabt Ihr uns den Auftrag, in Eurem Namen und Sinn für deutsches Recht und deutsche Ehre, für Schleswig-Holstein zu wirken. Wir wollen diesem Auftrage nachkommen; — an Euch ist es, uns dabei zu helfen! Ein Kampf der Herzogthümer gegen ihre Unterdrücker verlangt Mannschaften und Ausrüstung! Ein Krieg Deutschlands mit Dänemark heißt Kriegregeln zum Schutze unserer Küsten. Ein jeder Kampf nimmt unsere Küsten in Anspruch für die im Felde stehenden Krieger, für die durch den Krieg um Hab und Gut kommenden Bewohner, für die, welche um des Rechts und ihres Gewissens willen Amt und Existenz auf's Spiel setzen. Mitbürger! Für diese Zwecke müssen wir unter allen Umständen Geld haben. Wohlan! Bringt uns Geld zur Verwendung für die heilige Sache im Allgemeinen; — bringt uns Geld und macht uns Anerbietungen von Geldsummen und Mitteln zu einem bestimmten Zwecke. Denn es gilt den Herzogthümern so rasch wie möglich Beweise für Deutschlands thätkräftiges Wollen zu geben. Wir eröffnen noch nicht die förmliche allgemeine Sammlung zur Herbeischaffung der Mittel, welche voraussichtlich in großem Maße erforderlich sein werden. Sobald die von uns eingeleiteten Vorbereitungen die Ziele deutlicher erkennen lassen, auf welche Bremens Thätigkeit vorzugsweise zu richten ist, werden wir uns in ausgebreiteter Weise an Eure stets bewährte patriotische Gesinnung wenden.

Schleswig, 29. Nov. Die Arbeiten in der Dannevirkestellung werden am Schluß dieser Woche wesentlich beendigt. Sämmtliche fortifikatorische Werke und Schanzen der Stellung sind mit Geschütz versehen und richten gegen 200 Kanonen ihre Mündungen nach Süden. In den ersten Tagen der nächsten Woche wird die Pallisadierung der Werke mit verstärkten Kräften fortgesetzt werden und trifft noch täglich aus Flensburg Material zu diesem Zweck ein. In der letzten Zeit haben über 1000 Mann täglich in der Dannevirkestellung gearbeitet, nämlich: 2 Com-

paguieren Ingenieure, 2 Compagnien Festungs-Artillerie, 4 bis 500 Mann des in Schleswig garnisonirenden Infanterie-Bataillons und mehr als hundert Handwerker und Arbeiter. Die Ueberschwemmungen sind hergestellt und der Wasservorrath ist sehr groß.

Aus Holstein, 29. Nov. In Süderdithmarschen sollen in desfallsiger Versammlung 42 Beamte, Prediger und Lehrer, darunter der Landvogt, den Homagialeid verweigert, 8 Bedenkzeit vorbehalten haben; ebenso groß ist die Majorität in Norderdithmarschen, wo auch der Landvogt, Aktuar u. unter den Verweigerern sind.

Newyork, 20. Nov. Die Cavallerie der Bundesarmee ist an den Rapidan vorgebrungen, und wie es heißt, wird Meade in kurzem den Uebergang über den Fluß versuchen, obwohl Lee — dessen Hauptarmee zwischen dem Rapidan und Orange Courthouse steht — sämmtliche Furthen stark verschanzt hat. — Nach 4 Tagen anhaltender Scharamängel in Ostennesse hat Longstreet die Armee Burnside's in Knorville hineingedrängt und die Stadt vollständig eingeschlossen; die Bundestruppen zogen sich, als am 19. eine Position in Front der Stadt von Longstreet genommen wurde, in ihre Verschanzungen zurück. Man glaubt indeß, daß Burnside die aufs stärkste besetzte Stadt kräftig verteidigen wird. (Wie es scheint, war die Nachricht, daß Foster bereits Burnside's Commando übernommen habe, verfrüht.) — Vor Chattanooga scheint sich noch nichts entscheidendes vorzubereiten. Südstaatliche Blätter berichten von einer Flankenbewegung der Bundestruppen vom rechten nach dem linken Flügel von Bragg's Position, um gegen den Lookout-Berg zu operiren, oder um Verstärkungen an Burnside abzuschießen, ist unbekannt. — General Sherman's Corps ist zu dem rechten Flügel Grant's gestoßen, während auch Bragg bedeutende Verstärkungen erhalten hat. — Das Bombardement gegen Fort Sumter dauerte am 14. noch fort. — Die Expedition des Generals Banks landete am 2. d. M. bei Brazos de Santiagen an der texanischen Küste, neun Meilen von der Mündung des Rio Grande, und marschirte von dort am 4. gegen Brownsville vor. Die conföderirten Behörden steckten deshalb diese Stadt und das Fort Brown in Brand, trotz des eifrigen Widerstandes der Bevölkerung. Wie der „Newyorker Herald“ versichert, ist der Hauptzweck der Expedition, den Contrabandverkehr zwischen Mexico und den Südstaaten zu hemmen. — Der „Montreal Advertiser“ theilt mit, daß vor einiger Zeit 36 conföderirte Offiziere von Wilmington in Halifax ankamen und von dort nach Canada gingen: sie seien mit Geld versehen gewesen, um die auf der Johnsons-Insel in Haft gehaltenen conföderirten Kriegsgefangenen zu befreien. Bekanntlich haben die Behörden der Ver. Staaten bereits die geeigneten Vorbeugungsmaßregeln getroffen.

Nachrichten aus Posen und Polen.

Warschau, 27. Nov. Die Kaserne in Olra-Cabaria ist von den Insurgenten eingeschert worden, und zwar zu einer Zeit, wo die Truppen augenblicklich von diesem Dorfe abwesend waren.

— Vor einigen Tagen wurde ganz in der Nähe von Lomza der Körper eines russischen Soldaten gefunden, dessen Tod man der Rache der Nationalregierung zuschrieb. In Folge dessen mußte der Bürgermeister dieser Stadt 100 Rubel und jeder Eigenthümer 10 Rubel Geldbuße bezahlen.

Kotales und Provinzielles.

Danzig, den 3. December.

— Unser verehrter Oberbürgermeister, Hr. Geh. Rath v. Winter, ist bedenklich erkrankt. Wir wünschen demselben eine baldige Genesung.

— Heute Vormittag wurden die großen Thüren der Stadtwaage im grünen Thore öffentlich veranktionirt. Hr. Fuhrherr Holz erstand die nach der Seite des Langenmarktes befindliche Thüre mit 5 Thlr. 9 Sgr. und die beiden Flügelthüren nach der langen Brücke mit 12 Thlr. 10 Sgr. Diese kolossalen Thüren von Eichenholz, mit großen eisernen Bolzen durchweg beschlagen, haben seiner Zeit gewiß jede mehr als 100 Thlr. gekostet.

— Der allg. Lehrer-Verein hieselbst hat kürzlich eine Sammlung von deutschen und lateinischen Schulvorschriften herausgegeben. Die königlichen Regierungen der Provinz Preußen sowohl, als auch das Provinzial-Schulblatt sprechen sich sehr günstig über die Zweckmäßigkeit und Reichhaltigkeit der Vorschriften aus. Preis jezt 25 Sgr., von Neujahr ab 1 Thlr. Der Reinertrag ist zum Besten armer Lehrer-Wittwen bestimmt.

— Das Atelier des Herrn Hofphotographen Busse liefert fortgesetzt Photographien, die nicht nur die außerordentlichen Fortschritte der photographischen Kunst bekunden, sondern auch namentlich in Bezug auf die Kunstidentikaler unserer Stadt von Interesse sind. Ein vorzügliches Blatt dieser Art ist auch die Photographie des Refectoriums des hiesigen ehemaligen Franziskanerklosters, in welchem der Bildhauer Herr Freitag sein Atelier hat. Außer der architectonischen Schönheit des Raumes erfreuen auch die aufgestellten Erzeugnisse der Bildhauerkunst, welche uns im Bilde gezeigt werden. Vor Allem ist es die colossale Büste Friedrich Wilhelms IV., welche in's Auge fällt. Leider ist das Licht, welches ihr die kleinen Klosterfenster gewähren, nicht geeignet, um sie in ihrer ganzen großartigen Auffassung und Kühnheit hervortreten zu lassen. Es ist dies ungefähr so, als wenn ein großer Mann in einer kleinlichen dunklen Zeit lebt, welche jeder großen Erscheinung den Charakter von etwas Geisterhaftem verleiht. Dagegen ist die Büste Friedrichs d. G. gut beleuchtet. Die Büsten von Bartholomäus Blume und Hevelius treten gleichfalls in einem günstigen Licht vortheilhaft hervor, und mahnen, daß man ihnen endlich durch den Guß in Erz die Berücksichtigung schenken möge, welche sie verdienen.

— Im Polizeigefängniß ist ein als Obdachloser Arretirter gestorben. So findet er denn eine sichere Wohnung, die, wenn man den Auslassungen eines großen Dichters Glauben schenken darf, bis zum jüngsten Tage dauert. Doch auch die Gebeine der Entschlafenen müssen, wie es die Erfahrung lehrt, wandern.

Marienwerder, 1. Dec. Auf der Tagesordnung des zum 30. d. Mts. anberaumten Kreistages stehen unter Andern auch nachstehende Sachen von allgemeinerem Interesse: „Ermittelung einer Persönlichkeit, welche die Darstellung der „geschichtlichen Entwicklung des Kreises“ würde übernehmen können“ und „Antrag des Herrn Kreisstadts-Weißhaupt-Rothhoff in Betreff der Verwendung der zur Unterstützung der überschwemmten Niederungsbewohner in den Jahren 1829, 1844 und 1855 durch freiwillige Beiträge aufgefundenen Geldunterstützungen.“

Gumbinnen, 1. Dec. In den letzten Jahren sind hier, wie allgemein bekannt, mehrfach Fälle religiösen Wahnsinns vorgekommen. — Ein neues Opfer dieser fanatisch-religiösen Richtung haben wir jezt wieder in der Person eines armen Dienstmädchens zu beklagen, welches vor einigen Wochen plötzlich in den ausgeprägtesten religiösen Wahnsinn verfiel.

Gerichtszeitung.

Criminal-Gericht zu Danzig.

[Stehler und Fehler] sind Geschäftsfreunde, die wie Ketten aneinander hangen, so lange sie nämlich der Arm der Gerechtigkeit nicht erreicht. Geschieht dies aber und folgt die verdiente Strafe, dann ist es mit der Freundschaft bei ihnen vorbei, und bittere Vorwürfe, Haß und Feindschaft treten an ihre Stelle. Davon lieferte eine Gerichtsverhandlung am vorigen Montag wieder ein Beispiel. Auf der Anklagebank befanden sich der Handlungsdiener Dominke und der Schuhmachermeister Lepke. Dominke hat sich früher im Geschäft des Herrn Kaufmann Lickfett befunden und demselben aus dem Laden eine Menge von Sachen (Wäsche und allerhand Kleidungsstücke) im Werthe von 100 Thälern gestohlen. Lepke war, wie die Anklage besagt, der Mann, welcher die gestohlenen Sachen an sich nahm und sie zu Geld zu machen suchte. Man wird leicht einsehen, daß er als Schuhmachermeister keine geringe Mühe hatte, den Kleider- und Wäschehändler zu spielen. Zudem ist die Zahl der abzugebenden Sachen keine geringe gewesen, da der Werth derselben sich auf 100 Thlr. belaufen. Inbessenen erwarb sich Lepke die volle Zufriedenheit Dominke's für die Emsigkeit, mit welcher er die Sachen an den Mann brachte; aber Lepke lobte auch Dominke für die große Geschicklichkeit, mit welcher er die Rolle des Langfingers spielte. Auf der Anklagebank ließen die beiden Angeklagten nur gegenseitige Beschuldigungen und Vorwürfe laut werden, die den vollen Freundschaftsbruch bekundeten. Dominke behauptete, daß es Lepke gewesen, der ihn zum Diebstahl verführte. Dieser dagegen behauptete, daß er durch Dominke unschuldig auf die Anklagebank gekommen sei. Freilich habe er, sagte er, für Dominke neue Sachen versetzt, aber er habe sich nicht denken können, daß dieser dieselben gestohlen. Wie wenig Glauben diese Behauptung finden mußte, geht daraus hervor, daß bis jezt schon aus dem Geschäft, welches er mit Dominke betrieb, 18 Pfandscheine ermittelt sind, auf welche 12 Paar neue Hosen und 40 neue

Hemden verfehrt worden sind. Es sind aber auch bei Lepte vermittelst einer Hausfuchung mehrere Sachen, welche aus dem Baarenlager des Herrn Lickfett gestohlen, gefunden worden, nämlich: zwei Taschentücher, 3 Paar Socken und ein schwarzseidenes Tuch. Der Gerichtshof erkannte beide Angeklagte für schuldig und verurtheilte den Dominke zu einer Gefängnißstrafe von 1 Jahr, Ehrenverlust und Polizeiaufsicht auf die Dauer eines Jahres und den Lepte wegen Fehlerlei zu 2 Jahren Zuchthaus und Stellung unter Polizeiaufsicht auf die Dauer von 2 Jahren; auch wurde die sofortige Verhaftung der beiden Verurtheilten beschlossen.

Kirchliche Nachrichten vom 23. bis 30. Novbr.

St. Marien. Getauft: Schuhmachermstr. Wall Sohn Eduard Johannes. Schneidermstr. Gallinat Tochter Olga Elisabeth. Bäckermstr. Frischmuth Sohn Max Friedrich Wilhelm.

Aufgeboren: Bonbon-Fabrikant Heinrich August Hundermark mit 3 Jhr. Auguste Johanna Hener. Werkmeister in der Kgl. Marine Ernst Traugott Zückler mit 3 Jhr. Clara Elisabeth Gronwald.

Gestorben: Schuhmann Dautert Tochter Hedwig Pauline, 1 J. 3 M., Gehirn-Entzündung. Restaurateur Gensch Sohn Albert Carl Emil, 6 M. 20 J., Krämpfe. Commerzienrath Carl Ferdinand Pannenberg, 68 J., Gehirn-Blut-Schlagfluß.

St. Johann. Getauft: Buchhalter Baumann Tochter Charlotte Renate Clara. Zimmerges. Schreiber Tochter Helene Elisabeth. Tischlermstr. Gohrband Tochter Ida Martha Concordia.

Aufgeboren: Zoumeller u. Goldarbeiter Friedrich Jul. Benz mit Johanna Aurelie Stürp.

Gestorben: Tischler-Wwe. Florent. Eleonore Werner geb. Spitzhuth, 53 J., Einklemmung des Bruchs. Zimmerges. Schreiber Tochter Julianna Martha, 1 J. 5 M., in Folge von Brandwunden. Handlungsgeb. Meiseberg todtgeb. Sohn. Buchhalter Baumann Tochter Charlotte Renate Clara, 15 J., Darmkatarrh.

Meteorologische Beobachtungen.

2	4	336,97	+ 0,5	Süd. mäßig, klarer Himmel.
3	8	334,69	— 2,6	do. do. do.
	12	334,40	+ 1,0	do. do. do.

Schiffs-Rapport aus Neufahrwasser.

Gefegelt am 2. December.
4 Schiffe m. Getreide u. 1 Schiff m. Holz u. Bier.
Gefegelt am 3. December.
1 Schiff m. Getreide u. 1 Schiff m. Holz und Bier.
Nichts in Sicht. Wind: Süd.

Course zu Danzig am 3. December.

Ponden 3 M.	Brief Geld. gem	
Amsterdam kurz	118 1/2	142
Staats-Schuldcheine	87	—
Westpr. Pf.-Br. 3 1/2 %	82 1/2	—
do. 4 %	92 1/2	91 1/2
Prämien-Anleihe	—	119

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 3. December.

Weizen, 70 Last, 134 pfd. fl. 435; 131.32 pfd. fl. 412 1/2; fl. 427 1/2; 133.34 pfd. fl. 426; 130.31 pfd. fl. 405; 127.28; 129.30 pfd. fl. 395; 128 pfd. fl. 392 1/2; 132.33 pfd. roth fl. 405; 130.31 pfd. blaup. fl. 350; Alles pr. 85 pfd.
Roggen, alt 121.22 pfd. fl. 219; frisch 127.28 pfd. fl. 228, 231 pr. 8 1/2 resp. 125 pfd.
Weißer Erbsen, fl. 258.
Reinlaaf fl. 450.

Bahnpreise zu Danzig am 3. December.

Weizen 125—131 pfd. bunt 58—66 Sgr.
125—134 pfd. hellbunt 61—75 Sgr.
Roggen 122—130 pfd. 36 1/2—39 Sgr. pr. 125 pfd.
Erbsen weiße Koch- 43—45 Sgr.
do. Futter- 40—42 Sgr.
Gerste kleine 106—112 pfd. 32—36 Sgr.
große 112—120 pfd. 35—39 Sgr.
Hafer 70—80 pfd. 20—24—25 Sgr.
Spiritus 13 Thlr.

Angekommene Fremde.

Im Englischen Hause:

General a. D. v. Brunner a. Liffineau. General-Inspector Junfer a. Berlin. Rittergutsbes. Sinda nebst Fam. a. Stonsk. Die Kaufl. Schlüter a. Glauchau, Königs a. Grefeld und Budde a. Mannheim.

Hotel de Berlin

Gutsbes. v. Witte a. Prebendorf. Die Kaufleute Seelig a. Berlin, Stord a. Chemnitz und Strauch aus Braunschweig.

Walter's Hotel:

Die Kaufl. Bektowit a. Grünberg und Marfop a. Warschau.

Hotel zum Kronprinzen:

Lieut. z. S. Graf v. Waldersee u. Fährlich z. S. v. Eisenbecker von Sr. Maj. Schiff „Riobe“. Die Kaufleute Westermann a. Leipzig und Sinje a. Berlin. Frau Rittergutsbes. Müller a. Elana.

Hotel d'Oliva:

Die Rittergutsbes. Müller a. Kamniza u. Wögel a. Kaufz. Amtmann Selinski a. Krastuden. Die Kaufl. Simon u. Jordan a. Berlin u. Schulz a. Stettin.

Hotel de Thorn:

Gutsbes. Burchardt a. Gumbinnen. Dekonom Zimbars a. Grebnerfeld. Die Kaufl. Ring a. Dresden, Becker a. Magdeburg, Olwig a. Hannover u. Eugendreich a. Chemnitz.

Deutsches Haus:

Die Kaufl. Eisenstadt a. Neumark, Wunderlich aus Altmark, Zeschke a. Mühlrose u. Sarkowski a. Dresden. Verwalter Pfeifer a. Königsberg. Fabrik. Behrendt a. Gumbinnen.

Stadt-Theater zu Danzig.

Freitag, den 4. December. (3. Abonnement No. 13.)
Unruhige Zeiten. Pöffe mit Gefang in 3 Akten und 8 Bildern v. Emil Pohl. Musik v. Conradi.

Bei L. G. Homann

in Danzig, Kunst- und Buchhandlung, Topengasse 19, ist zu haben:

Systematischer Grundriß

der Naturwissenschaft

für Studierende und alle Freunde der Natur, von Wilhelm Cistern, pract. Arzt zu Hamburg.
2 Bde. Eleg. broch. à 22 1/2 Sgr.

1. Bd. die unorganische Natur umfassend.
2. Bd. die organische

Der Verfasser gehört gleich Büchner, Moleschott, Virchow etc., der neuen naturwissenschaftlichen Schule an, und dieser Grundriß wird ebenso ansprechen, wie die medizinischen Briefe desselben Verfassers, die nach dem Urtheil tüchtiger Aerzte eine ausgezeichnete Arbeit sind. Altona. Verlagsbureau.

Ein Speicher-Unterraum

in der Nähe des Altstäd. Grabens wird zu miethen gesucht. Näheres Altstäd. Graben 28.

Die Allerhöchsten Orts concessio-
nirten elektro-magnetischen Heil-
fisken von Betty Behrens in Cöslin, auch hier wie in weiten Kreisen als das erfolgreichste Mittel bei allen gichtischen und rheumatischen Leiden rühmlichst bekannt, sind à 25 Sgr. 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 15 Sgr., sowie die beliebten Zahnhalsbändchen für Kinder à 10 Sgr., hier nur allein acht zu haben bei:

L. G. Homann in Danzig, Topengasse 19.
A. Teuchert in Elbing.

Nach eigener Ueberzeugung bescheinige ich hiermit, daß ich seit 3 Jahren an heftigem Reizen des linken Armes gelitten habe, bis vor 6 Wochen, wo ich nach den Zeitungsberichten mir ein elektro-magnetisches Betty Behrens'sches Heilfissen verschrieb. Seit der Zeit fühle ich mich soweit geheilt, daß ich Gott sei Dank sagen kann, es ist probat, und kann es daher allen ähnlich Leidenden, denen die Gesundheit durch solche Schmerzen verbittert wird, bestens empfehlen. Jedem wird die Hilfe so willkommen sein, wie sie mir war; denn meine Arme mußten nicht allein für meine Bedürfnisse arbeiten, sie mußten auch seit 34 Jahren noch meinen Füßen behilflich sein und denselben, welchen die Kräfte mangeln, die Krücke und den Stock regieren, daß ich mich nur bewegen konnte. — Aus Dankbarkeit dieses Attest.

Reichardswerben bei Weizensels.

Gottlieb Kupfer.

Photographisches Atelier,

C. Flottwell, Reitbahn Nr. 7.,

empfiehlt sich einem hochgeehrten Publikum hiermit ganz ergebenst. Aufnahme findet statt von 9—3 Uhr. Visitenkarten pro Dkd. 3 Thlr., größere Bilder von 1 Thlr. an. Gleichzeitig empfehle Ansichten von Danzig, Thorn und Marienburg, jüngstes Gericht und als etwas ganz Neues Photographien von der gesamten preussischen Flotte in 3 Blättern, großes Format, zu 2 Thlr. Bestellungen zu dem bevorstehenden Weihnachtsfeste bitte recht bald zu machen, um dieselben zur vollsten Zufriedenheit eines geehrten Publikums ausführen zu können.

Regina Flottwell, Wittve.

Berliner Börse vom 2. December 1863.

Hf. Br. Glv.				Hf. Br. Glv.				Hf. Br. Glv.			
Dr. Freiwillige Anleihe	4½	99½	99	Ostpreussische Pfandbriefe	3½	—	81½	Danziger Privatbank	4	97	96
Staats-Anleihe v. 1859	5	103½	102½	do. do.	4	92½	91½	Königsberger Privatbank	4	100½	99½
Staats-Anleihen v. 1854, 55, 57	4½	99	98½	Pommersche do.	3½	86½	86½	Pommersche Rentenbriefe	4	94½	94½
do. v. 1859	4½	99	98½	do. do.	4	98½	—	Possensche do.	4	—	92
do. v. 1856	4½	99	98½	Possensche do.	4	—	—	Preussische do.	4	94½	94½
do. v. 1850, 1852	4	94¾	94¾	do. do.	3½	—	—	Preussische Bank-Antheil-Scheine	4½	120½	119½
do. v. 1853	4	94¾	94¾	do. neue do.	4	92	91½	Oesterreich. Metalliques	5	60½	59½
do. v. 1862	4	94¾	94¾	Westpreussische do.	3½	82	81½	do. National-Anleihe	5	66½	—
Staats-Schuldcheine	3½	87½	87½	do. do.	4	92½	91½	do. Prämien-Anleihe	4	74½	—
Prämien-Anleihe v. 1855	3½	118½	117½	do. do. neue	4	90½	—	Russ.-Polnische Schaß-Obligationen	4	71½	—